

Zeit für die Wohlstandsdebatte!

Erschienen in *Zeitwohlstand – wie wir anders arbeiten, nachhaltig wirtschaften und besser leben*, Hrsg. Konzeptwerk Neue Oekonomie, München: oekom, 2014.

Felix Wittmann

1. Es ist Zeit!

Was verstehen wir heute unter Wohlstand? Die Veranstaltungsreihe, aus der diese Publikation hervorgeht, bot einen Ort um gemeinsam über diese Frage zu diskutieren. Der ungewohnte Titel *Zeitwohlstand* lud zur Debatte ein: Einerseits darüber, wie in reichen Ländern damit umgegangen werden soll, dass die Menschen immer mehr Dinge haben, aber (gefühl) immer weniger Zeit. Andererseits darüber, welche Dimensionen gesellschaftlichen Wohlstands es außer des ständigen Wachstums des Bruttoinlandsprodukts gibt. Wie Lena Kirschenmann in ihrem Beitrag zeigt, drängt sich eine Debatte über Wohlstand vor allem auch angesichts der sich verschärfenden ökologischen und sozialen Probleme (auf regionaler, wie auf globaler Ebene) auf.ⁱ In den Feuilletons großer Tageszeitungen hat diese Debatte längst begonnen.ⁱⁱ Auch Bundestagsabgeordnete und Sachverständige befassten sich im Rahmen der Enquete-Kommissionⁱⁱⁱ 'Wohlstand, Wachstum und Lebensqualität' in den vergangenen Jahren mit diesem Thema. Dennoch: obwohl sich in dieser Sache etwas bewegt, zeigt sich die Tagespolitik unbeeindruckt von der Frage, was gesellschaftlichen Wohlstand eigentlich ausmacht. Folglich werden politische Entscheidungen weiterhin unbeirrt mit einem Fokus auf mehr Wirtschaftswachstum getroffen.

Auch in der Bevölkerung scheint eine grundlegende Wohlstandsdebatte bisher kaum stattzufinden. Halten wir uns vor Augen, worum es bei der Suche nach gemeinsamen Wohlstandskriterien überhaupt geht, wird deutlich, wie problematisch das ist: Es geht um nichts weniger als die Frage, worauf wir gesellschaftliches Handeln ausrichten wollen. Wofür sollen Steuermittel eingesetzt werden? Was wird gefördert und was bestraft? Was wird verboten und was erlaubt? An welchen Zielen sollen sich politische Entscheidungen orientieren? Eine Debatte über das Wohlstandsverständnis ist eine Debatte über tief greifende Veränderungen in unserer Gesellschaft. Sie hat Anspruch auf einen Platz der ihr gerecht wird. Eine Demokratie sollte - wenn sie funktioniert - diesem Platzanspruch genügen. Im Folgenden befasse ich mich mit der Frage, ob unsere Demokratie heute in der Lage ist, die nötige Zeit für eine Wohlstandsdebatte bereit zu stellen.

2. Gehetzte Politik?! Auf der Suche nach der gewonnenen Zeit.

Besinnen wir uns kurz zurück auf die ursprünglichen Ideen, welche unserer Demokratie zugrunde liegen. Hier treffen wir zunächst auf ihren Gestaltungsauftrag: die Demokratie dient uns Menschen als Mittel, unsere Gesellschaft selbstbestimmt zu gestalten und die Ziele gesellschaftlichen

Handelns festzulegen. Damit verbunden wird der Anspruch, erstens, ein möglichst faires politisches System zu schaffen, welches sich durch einen für alle frei zugänglichen politischen Prozess auszeichnet. Außerdem sollen, zweitens, aus dem demokratischen Prozess die bestmöglichen Entscheidungen im Sinne des Allgemeinwohls hervorgehen. Denn durch die Beteiligung aller Interessensgruppen wird sichergestellt, dass ein optimales Ergebnis gefunden wird.^{iv} In einer Demokratie prägen wir alle unsere Lebenswelt mit. In ihr ist die Politik daher auch der Ort, an dem die Menschen ihre - oft unterschiedlichen - Wünsche, Bedürfnisse und Wertvorstellungen vorbringen können. Kollektiv werden hier durch Diskussionen Kompromisse gefunden, welche sich in den Regeln der gemeinsamen Ordnung widerspiegeln. Durch den demokratischen Prozess wird die öffentliche Ordnung einer Demokratie also zur *eigenen* Ordnung der Menschen, die in ihr leben. Die Menschen bestimmen selbst, was verboten wird und was erlaubt ist. Sie sind es, die die Ziele politischer Entscheidungen festsetzen.^v

In Anbetracht der heutigen politischen Realität wirkt diese Beschreibung des demokratischen Ideals wie eine ferne Verheißung. Menschen begreifen Politik heute immer weniger als den Ort, in dem sie Gesellschaft mitgestalten können. Stattdessen zeigen sich Bürger_innen zunehmend entfremdet vom Politikbetrieb. Gefühlt spielt sich dieser oft fernab ihrer realen Lebenswelt ab. Die Politik als Raum für die Diskussion unserer Bedürfnisse und Wertvorstellungen zu begreifen, erscheint uns eher befremdlich. Das liegt auch daran, dass die Politik heute immer weniger als effektives Gestaltungselement gesellschaftlicher Verhältnisse wahrgenommen wird.^{vi} Stattdessen wirkt sie oft wie ein schlecht funktionierendes Kriseninstrument, welches den gesellschaftlichen Entwicklungen (insbesondere den wirtschaftlichen) hinterherläuft.^{vii} Statt Gesellschaft zu *gestalten*, scheint es, dass die Politik heute auf soziale und ökonomische Veränderungen meist nur noch *reagieren* kann.^{viii}

Woran liegt das? Als eine Erklärung bietet sich die Beobachtung an, dass sich unsere Lebensrealität auf verschiedenen Ebenen immer weiter beschleunigt.^{ix} Betrachten wir beispielsweise unsere Wirtschaft. Getrieben durch den Wettbewerb entwickeln Firmen in immer kürzeren Abständen neue Produkte, die sie dann für einen gewissen Zeitraum gewinnbringend an ihre Kund_innen verkaufen können. Aber bald ziehen andere Anbieter nach und der Innovationsvorsprung ist in absehbarer Zeit aufgebraucht. Jetzt heißt es wieder neue Produkte zu erfinden. Denn dies nicht zu tun würde bedeuten, an Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren. Aus diesem Steigerungsspiel auszusteigen ist für einzelne Anbieter nicht leicht. Denn ein Konkurrent kann ein attraktiveres oder billigeres Produkt entwickeln und sich so viele Marktanteile sichern, sodass die Firma, die nicht mehr innovativ arbeitet, in ihrer Existenz gefährdet sein könnte.^x Als eindrucksvolles Beispiel hierfür dient der Finanzmarkt. In einer rasenden Geschwindigkeit erfanden die Banken vor allem vor der Finanzkrise neue, immer kreativere Finanzprodukte. Dies ging soweit, dass nicht einmal mehr die Banker_innen wussten, welche Produkte sie verkauften.^{xi} Die Frage, die sich hier stellt, ist, wie die Politik einen Teil unserer Gesellschaft gestalten soll, der so komplex ist

und sich gleichzeitig so schnell verändert, dass selbst die beteiligten Akteure die Übersicht verlieren. Ab einem bestimmten Punkt kann die Politik wirtschaftlichen Veränderungen nicht mehr folgen. Denn dadurch, dass möglichst viele Menschen an Entscheidungen teilnehmen können, brauchen demokratische Entscheidungen schlichtweg ihre Zeit und lassen sich nur sehr schwer beschleunigen. Die Demokratie ist in ihrem Prozess an gewisse zeitliche Rahmenbedingungen gebunden – sie hat ein Tempolimit. Es besteht also Grund zur Vermutung, dass sie heutzutage ihren gesellschaftlichen Gestaltungsauftrag nicht mehr wahrnehmen kann. Denn wie kann sie gestalten, wenn sie den Ereignissen (vor allem den wirtschaftlichen Ereignissen) weitgehend hinterherläuft?

Die Finanz-, Wirtschafts- und Eurokrise dient hier wiederum als ein eindrucksvolles Beispiel. Nehmen wir das Finanzmarktstabilisierungsgesetz (FMStG), welches im Oktober 2008 zur Absicherung der Finanzmarktinstitute verabschiedet wurde. Während normalerweise zwischen Einbringung und Verabschiedung eines Gesetzes durchschnittlich 225 Tage liegen, wurde das FMStG innerhalb von nur vier (!) Tagen nach dem Einreichen durch die Bundesregierung von Bundestag und Bundesrat verabschiedet und vom Bundespräsidenten unterschrieben.^{xii} Weder Parlamentarier_innen noch die demokratische Öffentlichkeit konnten sich in dieser kurzen Zeit ein verständliches Bild von der Materie machen, da faktisch keine Zeit für Meinungs- und Willensbildung sowie breiter öffentlicher Diskussion blieb. So scheint es auch nicht verwunderlich, dass, nach einer Erhebung der Uni Jena aus dem Jahr 2007, sich heute 90% der Bundestagsabgeordneten mehr Zeit für Entscheidungen wünschen.^{xiii} Im Fall des Finanzmarktstabilisierungsgesetz schienen die Sachzwänge eindeutig. Es musste schnell gehandelt werden. Unklar war den Abgeordneten zu dem Zeitpunkt wohl auch, ob die getroffenen Maßnahmen denn tatsächlich Wirkung zeigen würden. Denn eine tief greifende Einsicht in die Lage des Finanzmarkts hatten in dieser Zeit wohl nur wenige.^{xiv}

Aufgrund der immer wieder vorgebrachten Eile (die Wirtschaft drohte in eine Rezession zu stürzen), sowie der fehlenden Expertise fand in dieser Zeit eine Machtverschiebung statt. Dem Bundestag, dessen parlamentarische Prozesse besonders zeitintensiv sind, wurden Kompetenzen entzogen, zugunsten der Exekutive und Expertengremien, welche Entscheidungen schneller treffen können. So im Fall des oben erwähnten Finanzmarktstabilisierungsgesetz, auf dessen Grundlage im Oktober 2008 der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) eingesetzt wurde. Mit einem Finanzvolumen von 480 Milliarden Euro hatte dieser den Auftrag durch Garantien und Rekapitalisierungen Banken zu stabilisieren, die im Zuge der Finanzkrise in Schwierigkeiten gekommen waren.^{xv} Eingesetzt von Bundestag und Bundesrat, unterliegt der Fonds jedoch in seinem Tagesgeschäft keinerlei parlamentarischer Kontrolle. Entscheidungen über Ausschüttungen werden von einem 24-köpfigen Expertengremium vorgeschlagen und in einem zweiten Schritt von einem 5-köpfigen Lenkungsausschuss überprüft und im Regelfall bestätigt.^{xvi} Ein Gremium des Bundestags kann Mitglieder beider Gruppen laden, und befragen. Beeinflussen kann es die Entscheidungen des SoFFin aber nicht. Durch das Gesetz haben sich die Parlamente quasi entmündigt.^{xvii} Um der

beschleunigten wirtschaftlichen Realität während der Finanzkrise zu genügen, wurde der demokratische Prozess also bewusst verkürzt oder teilweise ganz außer Kraft gesetzt. Gehetzt durch die wirtschaftlichen Entwicklungen kann von der Politik als gestaltende Akteurin hier nicht mehr die Rede sein.

Die Unfähigkeit der Politik, gegenüber der Wirtschaft eine gestaltende Rolle anzunehmen, ist allerdings mehr als nur ein Krisenphänomen. Auch im politischen Alltag schaffen es die Bundestagsabgeordneten nicht, sich Gedanken darüber zu machen, an welchen gesellschaftlichen Zielen unsere Politik denn ihr Handeln ausrichten soll. Bereits im Jahre 1994 wünschten sich 74% der Abgeordneten mehr Zeit für Grundsatzfragen.^{xviii} Solange eine solche Debatte nicht geführt werden kann, bleibt das gesellschaftliche Ziel »Wirtschaftswachstum« als Leitindikator für die Qualität politischer Entscheidungen wohl bestehen. Welche sozialen und ökologischen Gefahren dies birgt, machen Lena Kirschenmann und Niko Paech in ihren Beiträgen zu diesem Band deutlich.

3. Zeit für Veränderung.

Kommen wir zurück zur Ausgangsfrage. In Anbetracht der vorangegangenen Diagnose erscheint unsere gehetzte Demokratie in denkbar ungünstiger Verfassung, um Raum und Zeit für eine konstruktive Grundsatzdebatte über unser Wohlstandsverständnis bereitzustellen. Die zu diesem Zweck eingesetzte Enquete-Kommission 'Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität' legte einen in der Analyse teils guten, in den Folgerungen jedoch enttäuschenden Abschlussbericht vor.^{xix} Dennoch können Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft von ihrem Misserfolg lernen. Ihre Arbeit zeigt uns auf, wie schwierig es ist, einen (Zeit-)Raum in der Politik zu schaffen, in dem aktuelle parteipolitische Gesinnungen zugunsten einer offenen Debatte über den Wohlstandsbegriff abgelegt werden können. Außerdem wurde - bis auf vereinzelte Versuche, interessierte Bürger_innen einzubinden - zu wenig unternommen, um die Wohlstandsdebatte in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Es wurden etliche Gutachten von Expert_innen eingeholt. Warum war es nicht möglich zu dieser wichtigen, richtungweisenden Diskussion eine clevere Beteiligung der Bürger_innen zu organisieren? Diese braucht es, wenn es um die Frage geht, an welchen Kriterien wir die Entwicklung der Gesellschaft bewerten wollen. Wie ich in diesem Artikel skizziert habe, ist unsere Politik in schlechter Verfassung, den notwendigen demokratischen Prozess für diese Debatte zu organisieren. Deshalb braucht es politische Reformen. Im Folgenden skizziere ich sechs Forderungen, die aufzeigen, wie Rahmenbedingungen für eine breite gesellschaftliche Wohlstandsdebatte geschaffen werden können.

1. Lokale Beteiligungsmöglichkeiten verbessern

Auf kommunaler Ebene sind politische Prozesse übersichtlicher und Entscheidungen daher leichter mitzugestalten als auf überregionaler Ebene. Bürger_innen könnten relativ einfach in konkrete Entscheidungen (wie beispielsweise über die gemeinsame Wasserversorgung oder die Verteilung der

Stadtfinanzen) einbezogen werden.^{xx} Dafür müssen aber öffentliche Strukturen geschaffen werden, die dies erlauben. Hierzu gibt es eine Vielzahl von Ideen und bereits praktizierte Projekte.^{xxi} So könnten Teile des Kommunalbudgets als Bürger_innen-Budget deklariert werden, über das Bürger_innen gemeinsam entscheiden könnten. Auch ein regelmäßig tagendes, offenes Bürger_innen Forum zu kommunalpolitischen Themen und die Einführung von Bürgerentscheiden auf lokaler Ebene erscheint sinnvoll.

2. Demokratische Bildung vertiefen

Demokratische Prozesse sind Lernprozesse. Daher ist es wichtig, dass Menschen schon früh Erfahrungen sammeln, wie sie ihre Lebenswelten auf demokratische Art und Weise mitgestalten können. Die Schule ist ein passender Ort dafür. Anstatt frustrierende Erfahrungen mit Entscheidungsprozessen zu machen - wenn beispielsweise der/die Lehrer_in über die Klasse hinweg das Ziel der Klassenfahrt entscheidet -, kann Schüler_innen die aktive Mitgestaltung am Schulleben ermöglicht werden.^{xxii} Hier spielt die Ausbildung der Pädagog_innen eine zentrale Rolle. Diese sollten in die Lage versetzt werden, basisdemokratische Prozesse anzuleiten und konsensorientierte Entscheidungen herbeizuführen. Hierzu bedarf es einer Umstellung der Lehrpläne, einer Förderung kooperativen Lernens sowie einer Neuordnung der Aus- und Fortbildung der Pädagog_innen.

3. Zeiten und Räume für demokratische Beteiligung schaffen

Im gesellschaftlichen Leben müssen Zeiten und Räume für demokratische Beteiligung geschaffen werden. Denkbar wäre beispielsweise ein halber Tag in der Woche, an dem *allen* die Möglichkeit der Beschäftigung mit politischen Themen gegeben wird. Erwerbstätige würden von der Arbeit freigestellt. Dafür könnte ein bundesweites Programm geschaffen werden, das mit Workshops und Seminaren einen Raum schafft, um sich mit politischen Thematiken zu beschäftigen. Außerdem wären öffentliche Orte, wie bspw. Demokratie-Läden oder -Cafés denkbar, die Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen einen Raum bieten um sich auszutauschen und zu informieren.

4. Demokratisierung der Wirtschaft fördern

Eines der Hauptanliegen einer demokratischen Gesellschaft sollte in der demokratischen Gestaltung ihrer Wirtschaft liegen. Wofür wirtschaften wir? Was wollen wir produzieren? Wie wollen wir arbeiten? Die Beantwortung dieser Fragen prägen unsere Leben entscheidend mit und Bürger_innen sollten in die dafür relevanten Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Dementsprechend ist die Mitbestimmung in Betrieben von großer Bedeutung. Demokratisch arbeitende Betriebe könnten staatlich gefördert und der rechtliche Rahmen für demokratische Unternehmen angepasst werden. Auch ein Projekt zum „best practice“ in demokratischen Betrieben wäre hier denkbar.^{xxiii}

5. Mediale Berichterstattung verbessern

Eine demokratische Öffentlichkeit braucht Zugang zu relevanten Informationen und Argumenten bezüglich politisch relevanter Themen. Unsere Medien kommen dieser Aufgabe nicht zufriedenstellend nach.^{xxiv} Daher muss eine unabhängige, differenzierte Berichterstattung gefördert werden. Diese sollte zum Ziel haben, politische Diskussionen nicht im streitlustigen Talkshow-Format, sondern mit Fokus auf die relevanten Argumente und den ihnen zugrunde liegenden Annahmen darzustellen.

6. Institutionelle Änderungen für mehr Demokratie durchsetzen

Letztlich braucht es institutionelle Reformen, damit demokratischere Prozesse in unserer Politik Fuß fassen können. Dafür könnten die Bedingungen für direkte Demokratie erleichtert werden (indem beispielsweise die Anzahl der für einen Bürgerentscheid nötigen Stimmen gesenkt wird). Auf Bundesebene könnte eine Kommission eingerichtet werden, welche politische Entscheidungen daraufhin abgleicht, ob sie demokratische Prozesse eher begünstigen oder benachteiligen. Außerdem könnte auf europäischer Ebene das viel diskutierte Demokratiedefizit abgebaut werden, indem das europäische Parlament mehr Befugnisse bekommt und seine Mitglieder direkt über Wahllisten gewählt werden.

Diese sechs Forderungen zeichnen sich dadurch aus, dass sie Wege aufzeichnen, die gangbar sind: sie können – zumindest in Teilen – relativ einfach und direkt umgesetzt werden. Dabei teilen die Forderungen die Annahme, dass eine breitere gesellschaftliche Teilhabe mit einer Umverteilung einhergeht: eine gleiche Verteilung von Bildung, Einkommen, Zeit und Macht sind die Bedingungen für eine demokratische Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigt sind. Obwohl die Politik ihre Rolle als Gestalterin der Gesellschaft verloren hat, verfügt sie doch über die Mittel um die Rahmenbedingungen für eine demokratischere Gesellschaft zu schaffen. Eine Wohlstandsdebatte steht an. Es wird Zeit, dass die Weichen dafür gestellt werden.

- i Siehe *Lena Kirschenmann*, "Argumente für einen neuen Umgang mit Zeit", in diesem Band.
- ii Siehe beispielhaft Frank Schirmacher (2011), „Ich beginne zu glauben, dass die Linke Recht hat.“ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Abgerufen am 14. März unter:
<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buergerliche-werte-ich-beginne-zu-glauben-dass-die-linke-recht-hat-11106162.html>
- iii Enquete-Kommissionen sind vom Bundestag (oder auch vom Landtag) eingesetzte Arbeitsgruppen, die sich mit langfristig relevanten, oft ethischen Themen beschäftigen. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie sowohl mit Bundesabgeordneten (gemäß der Stimmenverteilung im Bundestag) als auch mit Sachverständigen besetzt sind. Ihr Abschlussbericht wird samt Empfehlungen dem Bundestag überreicht. Siehe: Christian Heyer & Stephan Liening (2004), „Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages - Schnittstellen zwischen Politik und Wissenschaft“, Berlin: Deutscher Bundestag.
- iv Siehe für diese beiden Aspekte der Demokratie ausführlich: David Estlund (2009), *Political Authority*, Princeton: Princeton University Press.
- v Hartmut Rosa (2011), "Partizipative virtù statt rasende Fortuna: Bedarf die Demokratie einer temporalspezifischen Sicherung?," In: *Ideenpolitik. Geschichtliche Konstellationen und gegenwärtige Konflikte*, hg. von Harald Bluhm, Karsten Fischer und Marcus Llanque, Berlin: Akademie-Verlag, S. 450. Demokratie ist natürlich in dieser idealistischen Lesart zu kritisieren; herrschaftskritische Diskurse setzen in ihrer Kritik bereits hier an. In diesem Artikel platziere ich meine Kritik an einem anderen Punkt.
- vi Im folgenden verstehe ich unter 'der Politik' die parlamentarisch institutionalisierte Politik - in Deutschland verkörpert durch die unterschiedlichen Parteien und deren Rolle in den verschiedenen Parlamenten.
- vii Hartmut Rosa (2005), *Beschleunigung – Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne*, Frankfurt: Suhrkamp, 410.
- viii Hartmut Rosa, Partizipative Virtù, 449.
- ix Rosa unterscheidet zwischen drei Beschleunigungsdimensionen: Erstens nennt er die *technische* Beschleunigung unter der er die Erhöhung der Transport-, Kommunikations- und Produktionsgeschwindigkeiten fasst. Zum Zweiten sieht er eine massive Beschleunigung *des sozialen Wandels*. Darunter fasst er die Beobachtung, dass unsere Lebensrealität sich in zunehmendem Tempo ändert. Heutzutage wechseln wir mehrmals in unserem Leben Wohnort, Partner(_in), unseren Beruf oder gar unsere Religion, während diese Dinge noch vor 50 Jahren (in der Moderne, wie Rosa sagen würde) als Konstanten für das ganze Leben galten. Durch diese ersten beiden Beschleunigungsprozesse wächst - drittens - der Druck auch das individuelle und soziale *Lebenstempo* zu erhöhen. Durch die Vielfalt an Optionen und sozialen Verpflichtungen sind wir dazu angehalten, immer mehr in immer kürzerer Zeit zu erledigen. So versuchen wir, unser Lebenstempo dadurch zu beschleunigen, indem wir unsere Handlungsgeschwindigkeit direkt erhöhen (man nehme zum Beispiel *power naps*, *fast food*), unsere Pausen und Leerzeiten zwischen einzelnen Handlungen verringern (oder ‚optimieren‘ im Vokabular des *Zeitmanagements*) sowie immer öfter versuchen, mehrere Dinge gleichzeitig zu erledigen (*Multitasking*), siehe Rosa (2005), *Beschleunigung*, 124-138.
- x Oft verbergen sich hinter den so genannten Innovationen aber keine wirklichen Neuerungen. Ein 'neues Produkt' wird als solches durch eine intensive Marketingkampagne dargestellt, damit die Absätze weiter gesteigert werden können. Die Anreize zu diesem Verhalten - das wiederum zu überflüssigem Konsum führt - schafft auch der Wettbewerb.
- xi "Die Produkte haben einen solchen Komplexitätsgrad, dass das normale Ökonomen gar nicht verstehen," so Wim Rätz, Vorstandsmitglied des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung. Siehe Anselm Waldemann (2007), „Finanzturbulenzen: 'Die Banken wissen gar nicht, wie tief sie in der Krise stecken'“, Spiegel online, abgerufen am 14. März 2013 unter
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/finanzturbulenzen-die-banken-wissen-gar-nicht-wie-tief-sie-in-der-krise-stecken-a-506930.html>
- xii Gesetz zur Errichtung eines Finanzmarktstabilisierungsfonds (FMStFG), als PDF abrufbar unter:
<http://www.gesetze-im-internet.de/fmstfg/index.html>.
- xiii Henning Laux & Hartmut Rosa (2011), „Die beschleunigte Demokratie – Überlegungen zur Weltwirtschaftskrise“, WSI-Mitteilungen 10/2009, 550.
- xiv Brost und seine Kollegen sprechen von einer Handvoll Experten, um die Bundesbanker Axel Weber und Jens Weidmann sowie Staatssekretär Jörg Asmussen. Siehe Marc Brost, Mark Schieritz & Arne Storn (2008), „Mit vollen Händen“, in: Die Zeit , Abgerufen am 15. März unter: <http://www.zeit.de/2008/50/ Staat-und-Banken>
- xv Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung: <http://www.fmsa.de/de/>.
- xvi Der Lenkungsausschuss ist besetzt mit je einem Vertreter des Bundesministeriums der Finanzen (Vorsitz), des Bundeskanzleramts, des Bundesministeriums, der Justiz, des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie sowie einem Vertreter der Länder, Siehe: <http://www.fmsa.de/de/fmsa/organisation/lenkungsausschuss/>.
- xvii Harald Schumann (2009), „Ein Parlament entmachtet sich selbst“, Die Zeit , Abgerufen am 15. März unter:
<http://www.zeit.de/online/2009/14/bankenrettung-bundestag>.
- xviii Werner Patzelt (1996), „Deutschlands Abgeordnete. Profil eines Berufsstandes, der weit besser ist als sein Ruf“, in:

Zeitschrift für Parlamentsfragen 3, 479.

- xix Einen interessanten Blick auf die Arbeit der Enquete-Kommission gewährt ein Interview der TAZ mit Ulrich Brand (Enquete-Sachverständiger) und Daniele Kolbe (Enquete-Vorsitzende): abgerufen am 20. März unter <http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=sw&dig=2013%2F04%2F11%2Fa0126&cHash=649e0005786fd9a4c3dcfb971d88dbfc>; siehe zu diesem Thema auch kritisch: www.enquetewatch.de
- xx Gute Beispiele hierfür sind der Berliner Wassertisch, (www.berliner-wassertisch.net) oder die Leipziger Initiative *Leipzig Weiterdenken* (www.weiterdenken.leipzig.de).
- xxi Die Transition Town Initiative dient hier als ein eindrucksvolles Beispiel: www.transitionnetwork.org.
- xxii In vielen freien Schulen werden Ideen des selbstbestimmten Lernens schon heute in die Tat umgesetzt. Siehe zum Beispiel: www.freie-alternativschulen.de.
- xxiii Als Beispiel für ein demokratisch geführtes Unternehmen dient Premium Cola. Für mehr Infos siehe <http://www.premium-cola.de/>.
- xxiv Zum Verhältnis zwischen Medien und Demokratie siehe Thomas Meyer (2002), "Mediokratie - Auf dem Weg in eine andere Demokratie?", APuZ B15-16, 7-14.